

Deutschlands Energie-, Wasserstoff- und fossile Partnerschaften

Hintergrundpapier

Zusammenfassung

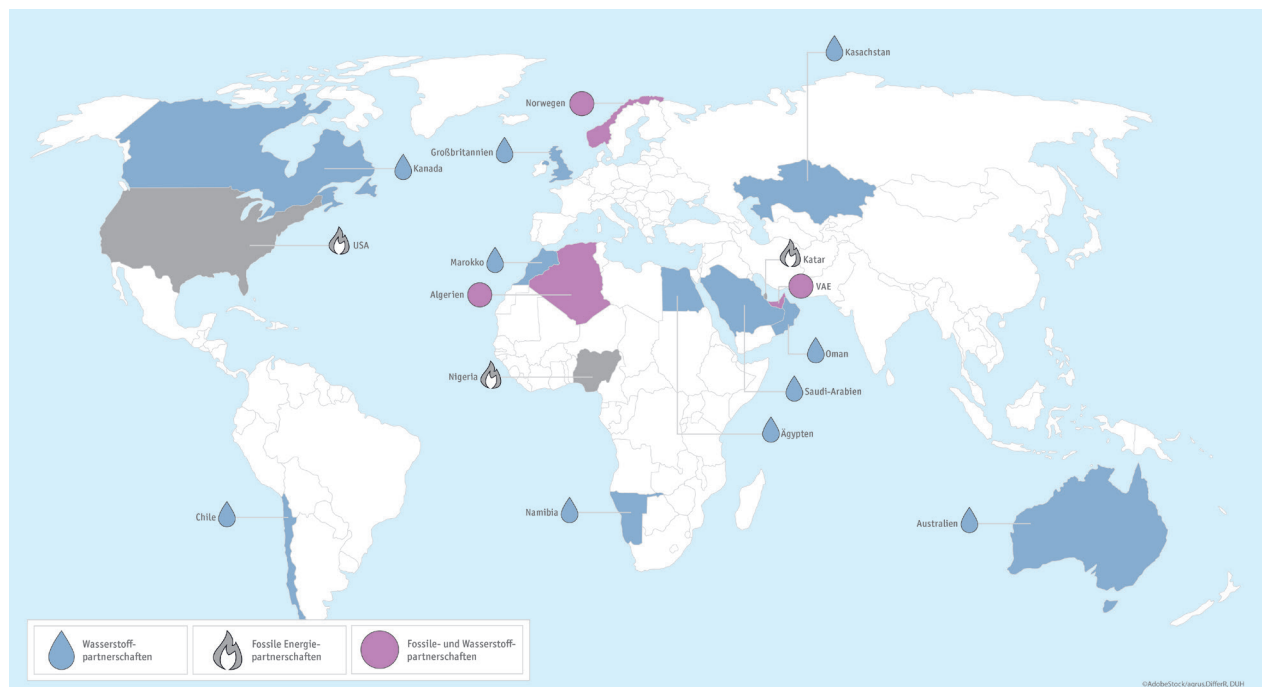
Deutschland unterhält seit Jahren eine stetig wachsende Anzahl an bilateralen Energie- und Klimapartnerschaften. Diese verfolgen teils unterschiedliche Ziele und sind verschiedenen Programmen wie etwa den *Just Energy Transition Partnerships* (JETP), Rohstoffpartnerschaften, Energiepartnerschaften und -dialogen, Wasserstoffpartnerschaften sowie Klima- und Entwicklungspartnerschaften (P+) zugeordnet.

Mit der Klimaaußenpolitikstrategie bemüht sich die Bundesregierung um Kohärenz in der Energie- und Klimadiplomatie und verankert die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens als zentrale Leitlinie für ihre bilateralen und multilateralen Partnerschaften. Alle bestehenden und im Aufbau befindlichen Energie- und Klimapartnerschaften sollen sich diesem Ziel unterordnen und bis Ende 2024 entsprechend überprüft werden.

Folgende Punkte müssen bei der Evaluation deutscher Energiepartnerschaften angegangen werden:

1. Ambitionierte Gerechtigkeits- und Nachhaltigkeitsstandards müssen erarbeitet werden, damit Partnerschaften auf Augenhöhe und im beidseitigen Interesse unter Wahrung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards erfolgen können. Diese Standards müssen projektspezifisch angewandt werden, transparent einsehbar sein und regelmäßig überprüft werden.
2. Staatliche Unterstützung von deutscher Seite darf ausschließlich klimafreundlichen und sozialverträglichen Transformationsprojekte gewährt werden. Fossile Partnerschaften müssen im Einklang mit dem Glasgow Statement beendet und Hochrisikotechnologien wie CO₂-Abscheidung von finanzieller Förderung ausgeschlossen werden.
3. Grundlage jeglicher auf Energieimporte beruhender Partnerschaft muss eine eingehende Prüfung der tatsächlichen Bedarfe in Deutschland und im Partnerland sowie der Klimazielkompatibilität der Importe sein.

Deutschlands Energiepartnerschaften sowie Partner für fossile Importe und Wasserstoffimporte



1. Einleitung

Deutschland unterhält seit dem Jahr 2006 eine stetig wachsende Zahl von bilateralen Partnerschaften im Bereich Energie und Klimaschutz. Übergeordnetes Ziel dieser Kooperationen mit anderen Ländern ist es, die globale Energiewende voranzubringen und die gemeinsamen Ambitionen für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu erhöhen.

Darüber hinaus verfolgen die Partnerschaften verschiedentlich gelagerte weitere Absichten. Hier hat sich der Fokus als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine in den letzten Jahren verschoben. Während neben der Beschleunigung der Klimaschutzbemühungen vor Ort vormals die Exportchancen für deutschen Unternehmen im Fokus standen, nimmt seit einigen Jahren die Diversifizierung der Energiebezugsquellen und Reduktion von Abhängigkeiten entlang der Lieferketten eine dominantere Rolle ein.¹ So wurden in den vergangenen Jahren etliche Partnerschaftsmodelle etabliert, um Zugang zu grünem Wasserstoff und dessen Derivaten aufzubauen und Zugang zu Rohstoffen für die Energiewende zu sichern.

Daneben wurden in den vergangenen Jahren aufgrund der Abkehr von russischem Erdgas auch neue fossile Partnerschaften etabliert und ausgeweitet. So bemüht sich Deutschland um mögliche Gaslieferungen und eine fossile Partnerschaft mit dem Senegal. Auch mit Katar und den USA unterhält Deutschland Beziehungen, um den Bezug von besonders klimaschädlichem Gas in Form von LNG sicherzustellen.²

2. Formen von Energie- und Klimapartnerschaften

Historisch bedingt lassen sich die bilateralen Partnerschaften Deutschlands im Bereich Energie und Klimaschutz unterschiedlichen Programmen zuordnen und werden teilweise von unterschiedlichen Ministerien federführend verwaltet.³ Dies führt zu mitunter gravierenden Unterschieden in der Klimazielerorientierung und Sozialverträglichkeit dieser Partnerschaften.

2.1 (Klima- und) Energiepartnerschaften und Energiedialoge

Unter Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) unterhält Deutschland eine Vielzahl von sogenannten (Klima- und) Energiepartnerschaften sowie Energiedialogen. Fokusthemen dieser Partnerschaften sind in der Regel die Handlungsfelder Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und zunehmend auch Energiesicherheit.⁴

Energiepartnerschaften zeichnen sich durch eine formale Absichtserklärung zwischen den Ländern aus. Energiedialoge sind die Vorstufe von Klima- und Energiepartnerschaften; sie weisen damit

keine formalen Strukturen und formellen Absichtserklärungen auf. Seit dem Jahr 2021 wurden auch sogenannte Wasserstoffpartnerschaften eingerichtet, die auf bestehenden Energiedialogen oder Energiepartnerschaften aufbauen können.

Exkurs: Wasserstoffpartnerschaften

Deutschland rechnet in seiner nationalen Wasserstoffstrategie bis 2030 mit einem jährlichen Wasserstoffimportbedarf in Höhe von 45 bis 90 Terawattstunden (TWh). Mit Wasserstoffpartnerschaften soll der Aufbau entsprechender Wasserstoffproduktionen im Ausland gefördert und Importrouten etabliert werden. Unter Federführung des BMWK bemüht sich Deutschland daher um eine enge Kooperation mit anderen Ländern in Form von Wasserstoffpartnerschaften.

Prognosen zu den tatsächlich benötigten Mengen an Wasserstoff(-derivaten) gehen jedoch stark auseinander. Viele Studien gehen mittel- bis langfristig von einem deutlich geringeren Wasserstoffbedarf aus als in der Wasserstoffstrategie angenommen.⁵ Die darin festgeschriebenen Zielmengen müssen daher grundsätzlich und regelmäßig unter Berücksichtigung bestehender erneuerbarer Alternativen und Verbrauchersparpotenzialen überprüft werden.

2.2 Bilaterale Klima und Entwicklungspartnerschaften (P+)

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterhält eine Reihe von zwischenstaatlich vereinbarten Klima- und Entwicklungspartnerschaften, mittels derer das BMZ Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützt, ihre Anstrengungen zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu erhöhen. Neben der Minderung von Treibhausgasemissionen ist Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein zentrales Thema der Klima- und Entwicklungspartnerschaften.⁶ Die Partnerschaften gehen damit über den Energiesektor hinaus.

2.3 Plurilaterale Just Energy Transition Energy Partnerships (JETP)

Ebenfalls im BMZ angesiedelt sind die Just Energy Transition Energy Partnerships (JETP). Diese zwischen mehreren Ländern organisierte Partnerschaften wurden durch die G7-Staaten ins Leben gerufen und sollen die Energiepolitik und Transformation in Schwellen- und Entwicklungsländern entscheidend voranbringen. JETPs verfolgen das explizite Ziel, den Ausstieg aus fossilen Energien zu beschleunigen und sozialverträglich zu gestalten.

2.4 Bilaterale und multilaterale Rohstoffpartnerschaften

Um strategische Partnerschaften im Rohstoffsektor aufzubauen und Importabhängigkeit von einzelnen Ländern entlang von Lieferketten zu reduzieren, bemüht sich Deutschland um den Auf- und Ausbau bi- und multilateraler Partnerschaften im Rohstoffbereich. Ziel der Zusammenarbeit ist ein ganzheitlicher Ansatz, der auch die Belange der Abbauländer in den Fokus nimmt.⁷ In der Realität sind diese Partnerschaften aber stärker auf die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen als auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse der Herkunftsländer ausgerichtet.⁸

3. Übergeordneter Rahmen: Die Klimaaußenpolitikstrategie

Um mehr Kohärenz bei den deutschen Energiepartnerschaften herzustellen und allgemeine Leitplanken zu installieren, wurde im Jahr 2023 die gemeinsame Klimaaußenpolitikstrategie der Bundesregierung vorgestellt.⁹ Darin ist festgehalten, dass alle bestehenden Partnerschaften bis Ende 2024 evaluiert und strategisch auf die Erreichung übergeordneter Ziele ausgerichtet werden sollen.

Übergeordnetes Ziel dieser Strategie ist es, die internationale Energie- und Klimadiplomatie stärker an der Umsetzung des Übereinkommens von Paris auszurichten. Dazu werden in der Klimaaußenpolitikstrategie sechs Handlungsfelder definiert, die global auf eine soziale-gerechte Transformation hin zu Klimaneutralität und Resilienz gegenüber Klimafolgen einzahlen sollen:

- » Treibhausgasemissionen bis 2030 global drastisch senken, globale Energiewende beschleunigen
- » Wirtschaft wettbewerbs- und zukunftsfähig sowie klimagerecht aufstellen
- » In Solidarität mit den Vulnerabelsten: Lebensgrundlagen bewahren und Gesundheit schützen
- » Ökosysteme schützen, wiederherstellen und nachhaltig nutzen
- » Resilienz, Frieden und Sicherheit stärken
- » Internationale Finanzflüsse in Einklang mit einem 1,5 °C-kompatiblen Pfad und klimaresilienter Entwicklung bringen

Die Strategie zielt auf einen schrittweisen Ausstieg aus fossilen Energien ab. Sie erlaubt gleichzeitig aber auch die teure und riskante Technologie der CO₂-Abscheidung ohne wesentliche Einschränkungen, obwohl diese in der Regel auf der weiteren Nutzung fossiler Energien basiert. Zudem soll in der Markthochlaufphase blauer Wasserstoff gefördert werden, der aus fossilem Gas produziert wird.

Damit die Klimaaußenpolitikstrategie Kohärenz zwischen den verschiedenen Partnerschaften herstellen kann, müssen die formulierten Ziele und Handlungsfelder auch im Konkreten berücksichtigt werden. Projektspezifisch müssen höchstmögliche Umweltschutz- und Menschenrechtsstandards gewährleistet werden. Nur so kann von „win-win“ Partnerschaften auch wirklich die Rede sein. Spezifisch für Wasserstoff sollten bereits in der nationalen Wasserstoffimportstrategie umfassende Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitskriterien für Wasserstoffimporte verankert werden, die für bestehende und im Aufbau befindliche Wasserstoffpartnerschaften gelten.¹⁰

DUH-Forderung:

Ambitionierte Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsstandards bilden die Grundlage einer Partnerschaft auf Augenhöhe. Daraufhin müssen alle bestehenden Energiepartnerschaften überprüft bis Ende 2024 werden. Entsprechende Kriterien müssen transparent einsehbar und projektspezifisch angewandt werden. Sie gilt es regelmäßig zu kontrollieren.

4. Deutschlands fossile Energiepartnerschaften

Obwohl in der Klimaaußenpolitikstrategie das Erreichen des 1,5°C-Zieles als Leitlinie vorgegeben ist und alle internationalen Partnerschaften diesem übergeordneten Ziel untergeordnet werden sollen, unterhält Deutschland eine Reihe von fossilen Partnerschaften, die den Bezug von klimaschädlichen Energieträgern wie Kohle, Öl und Gas sicherstellen und die neue fossile Fördervorhaben im Ausland aktiv vorantreiben. Dabei stellt der letzte IPCC-Sachstandsbericht unmissverständlich klar, dass jedwede Erschließung neuer Öl- und Gasfelder mit der Pariser Klimaziel unvereinbar ist.

Der Ersatz von russischem Erdgas durch die Erschließung anderer Gasquellen ist der zentrale Treiber dieser Entwicklungen. Ob in den Vereinigten Staaten von Amerika, Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) oder Senegal: Deutschland versucht, sich Zugang zu neuen Gasressourcen zu sichern und sticht dabei weniger begüterte Länder aus. Mithilfe deutscher Steuergelder werden so neue fossile Lock-In Effekte geschaffen, anstatt die Energiewende in Partnerländern voranzubringen. Beispielsweise im senegalesischen Okavango-Delta sind außerdem sensible Ökosysteme und indigene Bevölkerungsgruppen massiv von den von Deutschland vorangetriebenen Fördervorhaben betroffen.

Der langfristige Bezug von fossilen Energien steht der Transformation des Energiesystems in Deutschland entgegen und ist nicht

mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens vereinbar. Überdimensionierte LNG-Importe und langfristige fossile Lieferverträge untergraben deshalb die Erreichung der Klimaziele und die erklärte Absicht der Klimaaußenpolitikstrategie.

Angesichts gut gefüllter Gasspeicher, bereits ausreichendem Zugang zu Importen und zukünftig abnehmendem Gasverbrauch ist die klimaschädliche fossile Einkaufstour der Bundesregierung zudem unnötig, um die Energieversorgung abzusichern.

Deutschland sollte daher keine staatliche Unterstützung mehr für fossile Partnerschaften bereitstellen und muss fossile Partnerschaften schnellstmöglich beenden. Das muss ein zentrales Ergebnis der Kohärenz-Überprüfung der Klimaaußenpolitikstrategie sein. So dürfen Garantieinstrumente der Außenwirtschaftsförderung (Hermesdeckungen) und Finanzhilfen in Form der AKA-Bank, der KfW-IPEX und der DEG ausschließlich in den Ausbau erneuerbarer Energien und in Energieeffizienzmaßnahmen fließen. Eine weitere Förderung fossiler Öl- und Gasprojekte ist auch übergangsweise nicht akzeptabel, zumal sich Deutschland im Rahmen des Glasgow Statement dazu verpflichtet, bis 2022 die Unterstützung für internationale fossile Projekte beendet werden.¹¹

DUH-Forderung:

Staatliche Unterstützungen von deutscher Seite dürfen ausschließlich klimafreundlichen und sozialverträglichen Transformationsvorhaben zugutekommen. Investitionen in fossile Projekte müssen beendet und Hochrisikotechnologien wie CO₂-Abscheidung von finanzieller Förderung ausgeschlossen werden.

5. Energieimporte an tatsächlichem nationalem Bedarf ausrichten

Deutschland unterhält eine Reihe von Energie- und Klimaschutzpartnerschaften mit unterschiedlichen Ländern, die darauf abzielen, die Energieimportoptionen von Deutschland zu verbessern und Bezugsquellen zu diversifizieren.

Neben zu beendenden fossilen Partnerschaften spielt bei Kooperationen mit anderen Ländern vor allem der Bezug von Wasserstoff und Wasserstoffderivaten eine wichtige Rolle. Hierbei ist darauf zu achten, dass ausschließlich grüner Wasserstoff produziert unter höchstmöglichen Nachhaltigkeits- und Gerechtigkeitsstandards bezogen wird und die eigentliche Energiewende in den Exportländern nicht ausbremst. Denn wenn Erneuerbare Erzeugungskapazitäten in Partnerländern primär für die Versorgung Deutschlands

mit grünem Wasserstoff aufgebaut werden, fossile Kraftwerke vor Ort aber weiterlaufen, wurde der lokalen Energiewende und dem Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen.

Zentraler Baustein für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland ist jedoch, dass die Hausaufgaben auch hierzulande gemacht werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien selbst ist die wichtige Maßnahme zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit und bezahlbarer Energie. Darüber hinaus ist die Reduktion von Energieverbräuchen und Lastspitzen durch Energieeffizienz- und Suffizienzmaßnahmen, beispielsweise in der Industrie und im Gebäudebereich von zentraler Bedeutung.¹² Ebenso sind Modernisierung und Flexibilisierung der Netze, sowie Elektrifizierung des Verbrauchs im Verkehrs- und Wärmesektor wichtige Grundvoraussetzungen, um den steigenden Anteil von Grünstrom effizient zu nutzen und zur Emissionsminderung einzusetzen.

Im Sinne einer bezahlbaren und zeitnah realisierbaren Energiewende muss daher sichergestellt werden, dass stets die langfristig effizienteste Dekarbonisierungsoption gewählt wird. In der Regel sind dies die elektrischen bzw. strombasierten Technologien. Wasserstoff ist hingegen teuer und ineffizient. Statt ihn in mit e-Fuels befahrenen PKWs oder teuren Wasserstoffheizungen einzusetzen, sollte er deshalb zielgerichtet dort hingelenkt werden, wo erneuerbare Alternativen an ihre Grenzen stoßen. Dies trägt erheblich dazu bei, den Gesamt- und Importbedarf zu verringern und verhindert das Abschwächen von Standards zu Gunsten höherer Produktionskapazitäten in den Partnerländern als auch Verfehlungen bei dem Pfad in Richtung Klimaneutralität, wenn statt Wasserstoff weiterhin auf fossiles Erdgas gesetzt werden muss.

Zusammen tragen diese Maßnahmen dazu bei, die Nachfrage nach grünen Energieimporten erheblich zu reduzieren. Vor etwaigen auf Energieimporten basierenden Partnerschaften sollte daher sorgfältig und grundsätzlich geprüft werden, welche Energiemengen und Energieträger es bedarf, was davon woher importiert werden sollten und wie heimische erneuerbare und energiesparende Potenziale stärker ausgeschöpft werden können.

DUH-Forderung:

Grundlage jeglicher auf Energieimporte beruhender Partnerschaft muss eine eingehende Prüfung über den tatsächlichen Bedarf und die Klimakompatibilität der Importe sein. Den heimischen Ausbau an Erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen gilt es zu priorisieren.

6. Übersicht über bestehende Klima- und Energiepartnerschaften

6.1 (Klima- und) Energiepartnerschaften und Energiedialoge

Typ	Land	Jahr	Schwerpunkte
(Klima- und) Energiepartnerschaft	Indien	2006	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	China	2007	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Marokko	2012	Erneuerbare Energien, Wasserstoff
	Tunesien	2012	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Türkei	2012	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Südafrika	2013	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Algerien	2015	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Mexiko	2016	Erneuerbare Energien, Wasserstoff
	Australien	2017	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Rohstoffe, Wasserstoff
	Brasilien	2017	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	VAE	2017	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Chile	2019	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Rohstoffe, Wasserstoff
	Äthiopien	2019	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz
	Jordanien	2019	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Japan	2019	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Südkorea	2019	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Ukraine	2020	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Kanada	2021	Energiesicherheit, Rohstoffe, Wasserstoff
	Ägypten	2022	Erneuerbare Energien, Wasserstoff
	Israel	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
Namibia	2022	Wasserstoff	
USA	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, LNG	
Katar	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, LNG, Wasserstoff	
Uruguay	2023	Ausbau Erneuerbarer Energien, Wasserstoff	
Energiedialog	Russland	2010 - 2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, fossile Importe, Wasserstoff
	Kasachstan	2011	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Belarus	2015 - 2020	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz
	Iran	2018 - 2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz
	Usbekistan	2018	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Saudi-Arabien	2018	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Neuseeland	2021	Erneuerbare Energien, Wasserstoff
	Oman	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff
	Vietnam	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Wasserstoff

6.2 Bilaterale Klima und Entwicklungspartnerschaften (P+)

Land	Jahr	Schwerpunkte
Pakistan	2021	Klimaanpassung, Klimaschutzbeitrag, Energiewende
Serbien	2021	Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft, Energiewende
Indien	2022	Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Klimaanpassung, Kreislaufwirtschaft
Kenia	2022	Erneuerbare Energien, Ernährungssicherheit, Klimaanpassung, Wasserstoff
Peru	2022	Klimaanpassung, Klimaschutzbeitrag
Ruanda	2022	Klimaanpassung, Klimaschutzbeitrag
Côte d'Ivoire	2023	Klimaanpassung, Biodiversitätsschutz, Erneuerbare Energien
Kolumbien	2023	Friedenssicherung, Klimaschutzbeitrag, Erneuerbare Energien, Wasserstoff

6.3 Plurilaterale Just Energy Transition Energy Partnerships (JETP)

Land	Jahr	Schwerpunkte
Südafrika	2021	Klimaschutzbeitrag, Energiewende, Erneuerbare Energien
Indonesien	2022	Klimaschutzbeitrag, Energiewende, Erneuerbare Energien
Vietnam	2022	Klimaschutzbeitrag, Energiewende, Erneuerbare Energien
Senegal	2023	Klimaschutzbeitrag, Energiewende, Erneuerbare Energien

6.4 Bilaterale Rohstoffpartnerschaften

Land	Jahr	Schwerpunkte
Mongolei	2011	Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und Rohstoffe
Kasachstan	2012	Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und Rohstoffe
Chile	2013	Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und Rohstoffe
Peru	2014	Verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Bergbau und Rohstoffe

6.5 Sonstige Partnerschaften

Land	Jahr	Schwerpunkte
Nigeria	2008	Energiepartnerschaft, Wasserstoff
Angola	2011	Energiepartnerschaft, Wasserstoff
Senegal	2022	LNG-Förderung
Norwegen	2022	Wasserstoffpartnerschaft
Großbritannien	2023	Wasserstoffpartnerschaft

Blau = Wasserstoffpartnerschaften

Grau = Fossile Energiepartnerschaften

Lila = Fossile- und Wasserstoffpartnerschaften

7. Quellen

- 1 BMWK (2023) Klima- und Energiepartnerschaften und Energiedialoge – Jahresbericht 2022. Verfügbar unter: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/jahresbericht-klima-energiepartnerschaften-energiedialoge-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 2 EnergyComment (2023): Methan-Emissionen – Klimaschäden durch internationale Gaslieferketten. Schlussfolgerungen für die deutschen Gaspolitik. Verfügbar unter: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Pressemitteilungen/Methanemissionen-DUH-Bukold-24jan23.pdf
- 3 Ecologic Institut (2023): Deutschland Partnerschaften für Energie, Klima, Ressourcen und Entwicklung. Verfügbar unter: <https://www.ecologic.eu/de/19035>
- 4 BMWK (2023): Klima-, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften und Energiedialoge. Verfügbar unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/internationale-energiepolitik-2.html>
- 5 Vgl. unter anderem BMWK Langfristszenario TN45 Strom: <https://langfristszenarien.de/enertile-explorer-de/index.php>; Agora Energiewende: <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-2045/>; DUH Faktenpapier: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/230612_DUH_H2-Faktenpapier.pdf
- 6 BMZ (2024): Klima- und Entwicklungspartnerschaften. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/themen/klimawandel-und-entwicklung/klima-und-entwicklungspartnerschaften>
- 7 BMWK (2023): Eckpunktepapier: Wege zu einer nachhaltigen und resilienten Rohstoffversorgung. Verfügbar unter: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunktepapier-nachhaltige-und-resiliente-rohstoffversorgung.html>
- 8 Powershift und BUND (2022): Überlegungen zur Bevorratung – Strategische Reserven von Rohstoffen. Verfügbar unter: <https://power-shift.de/rohstoffsicherheit-nationale-metallreserven-in-lagerstaetten/>
- 9 Bundesregierung (2023): Klimaaußenpolitikstrategie. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2633110/90e88ad741351a8885f478c49a1741eb/kap-strategie-data.pdf>
- 10 Siehe dazu das gemeinsame Forderungspapier zur Wasserstoffimportstrategie von der Klima Allianz, BUND, WWF, Deutsche Umwelthilfe, GegenStrömung, Brot für die Welt, Germanwatch, Misereor und Institut für Kirche und Gesellschaft: https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Energiewende/240318_Forderungspapier_H2-Importstrategie_Klimallianz.pdf
- 11 UN Climate Change Conference UK (2021): Statement on international public support for the clean energy transition. Verfügbar unter: <https://webarchive.nationalarchives.gov.uk/ukgwa/20230313124743/https://ukcop26.org/statement-on-international-public-support-for-the-clean-energy-transition/>
- 12 DUH (2022): Versorgungssicherheit. Verfügbar unter: <https://www.duh.de/projekte/versorgungssicherheit/>

Foto ©picture alliance/dpa-MichaelKappeler

Stand: Mai 2024



Deutsche Umwelthilfe e.V.

Bundesgeschäftsstelle Radolfzell
Fritz-Reichle-Ring 4
78315 Radolfzell
Tel.: 07732 9995-0

Bundesgeschäftsstelle Berlin
Hackescher Markt 4
10178 Berlin
Tel.: 030 2400867-0

Ansprechpartner

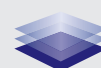
Johannes Hollenhorst
Projektassistent Energie & Klimaschutz
Tel.: 030 2400 867-0
E-Mail: hollenhorst@duh.de

www.duh.de [@ info@duh.de](mailto:info@duh.de) [Twitter](#) [Facebook](#) [Instagram](#) [LinkedIn](#) [TikTok](#) [YouTube](#) [umwelthilfe](#)

Wir halten Sie auf dem Laufenden: www.duh.de/newsletter-abo

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. ist als gemeinnützige Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation anerkannt. Wir sind unabhängig, klageberechtigt und kämpfen seit über 40 Jahren für den Erhalt von Natur und Artenvielfalt. Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende: www.duh.de/spenden

Transparent gemäß der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Ausgezeichnet mit dem DZI Spenden-Siegel für seriöse Spendenorganisationen.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Unser Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln | IBAN: DE45 3702 0500 0008 1900 02 | BIC: BFSWDE33XXX